„Die Leitmedien haben den Regierungskurs mitgetragen. (…) Wenn es überhaupt Kritik am Regierungskurs gab, dann wurde nach einer Verschärfung gerufen“ – das sagte Michael Meyen am Montag vor der Corona-Enquete-Kommission des Bundestages. Kaum beachtet von den großen Medien, setzt die Kommission ihre Arbeit fort. Meyen richtete sein Augenmerk als Kommunikationswissenschaftler und Journalismusforscher auf das Verhalten der Medien in der Coronazeit. Er fand klare Worte. Von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261103_Ich_komme_zu_Ihnen_als_Zeitzeuge_so_Michael_Meyen_in_der_Corona_Enquete_Kommission_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Was Meyen vor der Corona-Enquete-Kommission des Bundestages vorgetragen hat, verdeutlicht: In der schwersten Grundrechtskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik stand das Land mit Leitmedien da, die ihrer journalistischen Aufgabe weitestgehend nicht nachkamen.

Vier Teilbefunde führt der Professor im Ruhestand an, die sich aus seiner Medienanalyse ergeben.

Teilbefund 1: Von Vielfalt (Themen, Positionen, Meinungen) kann keine Rede sein. Nicht unwichtig: In der Realität der Leitmedien waren Künstler, Wirte, Schüler oder Sportvereine Opfer von Corona und nicht von politischen Entscheidungen. Dabei war keine dieser Entscheidungen alternativlos.

Anmerkung: Die Kritik an der fehlenden Vielfalt von Themen und Positionen in den großen Medien gibt es seit langer Zeit. Je politisch und gesellschaftlich relevanter „Geschehnisse“ sind, umso deutlicher wird: Alle Positionen, die zu sehr von den „Wahrheiten“ der Politik und denen der Leitmedien abweichen (in weiten Teilen sind diese „Wahrheiten“ identisch), spiegeln sich nicht in diesen Medien wieder. Hinzu kommt ein wichtiger Punkt, den Meyen aufgreift: Leitmedien camouflieren, sie verdecken durch ihre Sprache, durch ihre „Berichterstattung“ zu oft die wahren Verhältnisse. Konkret bei Corona: „Corona“ war schuld am Leid der Bürger (so wie heute „Russland“). Dass, wie Meyen betont, Künstler, Wirte, Schüler usw. die Opfer von *politischen Entscheidungen* waren, die auf *konkret benennbare*

Entscheidungsträger zurückgehen, verschleiern Medien entweder komplett oder aber sie gehen dieser Tatsache nicht mit dem notwendigen publizistischen Druck nach.

Teilbefund 2: Wenn es überhaupt Kritik am Regierungskurs gab, dann wurde nach einer Verschärfung gerufen. In der Sprache der Wissenschaft auf der Basis einer umfassenden Inhaltsanalyse: In den Leitmedien herrschte „ein die Maßnahmen unterstützender bzw. sogar noch weitreichendere Maßnahmen fordernder Tenor“ vor (Maurer et al.: Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Berlin 2021).

Anmerkung: Leitmedien haben in der Coronazeit als Scharfmacher agiert. Vielen Journalisten konnten die Maßnahmen gar nicht weit genug gehen. Erinnert sei an die Forderung des Spiegel-Kolumnisten Nikolaus Blome, wonach „die gesamte Republik mit dem Finger“ auf die freiwillig Ungeimpften zeigen sollte. Die öffentliche Beschimpfung einer Gruppe von Menschen aufgrund einer körperlichen Disposition“ – also: Merkmal fehlender Impfstoff im Körper – zeigt wie unter einem Brennglas die Scharfmacherei der Leitmedien. In der einst als liberal bekannten Wochenzeitung *DIE ZEIT* forderte ein Journalist gar, dass die Gesellschaft sich „spalten“ müsse:

> Was es jetzt braucht, ist nicht mehr Offenheit, sondern ein scharfer Keil. Einer, der die Gesellschaft spaltet. Wenn davon die Rede ist, entsteht schnell ein Zerrbild im Kopf, als würde das Land in zwei gleich große Teile zerfallen. Doch so ist es nicht. Richtig und tief eingeschlagen, trennt er den gefährlichen vom gefährdeten Teil der Gesellschaft.

Diese Grundhaltung hat sich auch in den offenen und verdeckten Forderungen nach einer immer härteren Maßnahmenpolitik in den Medien niedergeschlagen.

Teilbefund 3: In der Realität der Leitmedien dominierten Einzelschicksale sowie Zahlen, die nicht hinterfragt und auch nicht eingeordnet wurden. Verdoppelungsraten, R-Wert, 7-Tage-Inzidenz, Intensivbetten (Kapazität und Auslastung), Verbreitung von Aerosolen, Mindestabstände: Die Politik hat die Bezugsgrößen und damit die Legitimationsgrundlage für ihre Entscheidungen permanent geändert, ohne dass das von den Leitmedien thematisiert oder kritisiert wurde. Mehr noch: Zahlen sind in den Leitmedien genau wie Grenzwerte (35, 50, 100) zu einer Realität geworden, die nicht mehr hinterfragt wurde, obwohl es weder repräsentative Stichproben gab (die einzig verlässliche Basis, wenn man auf „alle“

schließen will) noch irgendeinen Beleg für die Sinnhaftigkeit etwa der Inzidenzen.

Anmerkung: Meyen hebt hier zwei wichtige Punkte im Hinblick auf die destruktive Funktionsweise der Leitmedien hervor.

In vielen Medien hat sich eingeschliffen, das Augenmerk auf „Einzelschicksale“ zu richten. Diese Vorgehensweise soll eine bestimmte Erzählweise ermöglichen. Das heißt: Im Vordergrund steht das Schicksal einer einzelnen Person (zum Beispiel: schwere Erkrankung an Corona). Dieses Einzelschicksal wird plastisch dargestellt bzw. erzählerisch ausgewälzt, um davon dann auf einen größeren Gesamtzusammenhang zu blicken (z.B.: Anzahl der belegten Betten, Krankenhäuser unter Druck, Notwendigkeit einer raschen Impfung usw.).

Diese journalistische Vorgehensweise ist nicht an sich „falsch“. Es gibt gute Gründe, so vorzugehen. Allerdings: Wenn dabei die Darstellung der Einzelschicksale zur Emotionalisierung dienen soll und im weiteren Verlauf „vergessen“ wird, Informationen (oder Desinformationen?) von Politikern, Experten usw. kritisch zu hinterfragen, entstehen schnell Beiträge, die mindestens als unzureichend, wenn nicht gar als propagandistisch zu verstehen sind.

Die Methode der „Personalisierung“ wird gerade in den öffentlich-rechtlichen Medien bis zum Exzess ausgewälzt. Der kritische Journalismus bleibt zu oft dabei auf der Strecke – das zeigt die eigene Medienbeobachtung.

Der zweite Punkt spricht das Offensichtliche an: In den Leitmedien fehlte nahezu komplett die Bereitschaft, grundlegende „Fakten“ zu hinterfragen. Unkritisch „berichteten“ sie nahezu die gesamte Coronazeit über Zahlen, die als gesetzt galten.

Ignorante Medien stützten sich auf ignorante Behörden (mein Artikel „Inzidenzen: Schattenfechten im Lockdown“ berichtet von dem Verhalten von Landkreisen und Städten, wenn kritisch nachgehakt und Zahlen hinterfragt wurden). Das Ergebnis ist bekannt: Schwere, grundlegende Fehler darf es nicht geben – denn dann hätten sich ja alle getäuscht. Eine Wagenburgmentalität breitet sich aus. Was nicht sein darf, kann nicht sein – teilweise bis heute.

Teilbefund 4: Gegenstimmen und öffentliche Proteste wurden in den Leitmedien entweder unterdrückt oder delegitimiert – mit Folgen für die Demonstrationskultur (ein wichtiges Korrektiv in einer vermachteten Leitmedienöffentlichkeit), den

Veranstaltungskalender (Stichwort: Cancel Culture) und die Reputation der Betroffenen.

Anmerkung: Die Unterdrückung und die Abwertung von Positionen, die dem „Mainstream“ widersprechen, hat System. Wenn nicht sein kann, was nicht sein darf, darf auch keinen Stimmen Gehör verschafft werden, die der vorherrschenden Politik fundamental widersprechen. Da diese Stimmen längst nicht mehr vollkommen aus der Diskussion rausgehalten werden können (dank des Internets und der alternativen Medien), lautet die Devise: Abwertung von all jenen, die zu viel Öffentlichkeit haben und sich „falsch“ äußern.

Meyen, der selbst zum Opfer dieser Entwicklung wurde, führt zahlreiche Namen und Beispiele an und verweist auf die Studie „Wer stört, muss weg“.

Die Folgen, wie der Kommunikationswissenschaftler sagt, sind weitreichend. Bürger trauen sich nicht mehr, öffentlich ihre Meinung zu sagen. Funktionsträger, die vorhaben, öffentlich eine Gegenposition zu beziehen, laufen Gefahr, öffentlich von Medien unter Druck gesetzt zu werden und ihre Stellung zu verlieren.

Seinen Vortrag zum Verhalten der Medien während der Coronakrise verknüpft Meyen mit einer Kurzanalyse zur Situation innerhalb des wissenschaftlichen Feldes.

Der Leitspruch „Follow the science“ (also: Folge der Wissenschaft) sei zu einer Ersatzreligion verkommen. Die Universitäten unterliegen, laut Meyen, selbst den politischen und weltanschaulichen Kämpfen um die Deutungshoheit.

Um etwas durchzusetzen, brauche ich heute Priester mit Professorentitel, Studien, Akademien, Ethikräte. Ohne die Weihen von Gelehrten keine Absolution. Diese Deutungshoheit macht die Universitäten attraktiv für alle, die tatsächlich etwas durchsetzen können – vor allem für Konzerne und ihre Stiftungen sowie für staatliche Stellen. Die Zweit- und Drittmittelquote liegt in Deutschland inzwischen bei gut 50 Prozent, gepusht auch von entsprechenden Mittelumstellungen und Mittelerhöhungen (Forschungsförderung in EU, Bund, Ländern und Konzernstiftungen) sowie durch die Einführung der W-Besoldung 2005, die es für Professoren auch finanziell lukrativ oder gar nötig macht, sich um Fördertöpfe zu bewerben. Ergebnis: Jeder zweite Euro, den staatliche Hochschulen heute für die Forschung ausgeben, wird von außen in das System gepumpt. Der Durchschnitt pro Universitätsprofessur lag 2024 bei rund 325.000 Euro (ohne Medizin, dort mehr als 700.000 Euro pro Lehrstuhl, Statistisches Bundesamt, Details für einzelne

Disziplinen und Geldgeber bei Christian Kreiß: Gekaufte Wissenschaft, 2020).

Mit anderen Worten: Die äußeren und inneren Einflüsse im wissenschaftlichen Feld sind nicht zu leugnen. Die „Freiheit“ der Wissenschaft ist – genauer betrachtet – in der Praxis oft genug so wenig existent wie die „Freiheit“ der Medien.

Komplexe Einflüsse untergraben die Institutionen im Hinblick auf jene hehren Funktionsweisen, auf die sie sich gerne in Sonntagsreden stützen – denen sie aber tatsächlich allenfalls nur selten gerecht werden.

Die Coronazeit hat einmal mehr gezeigt: Sowohl Medien als auch „die“ Wissenschaft kamen einem Totalausfall gleich. Andere tragende Säulen der Demokratie, wie etwa die Justiz, hielten dem Druck ebenfalls nicht stand.

Gut, dass Meyen in der Enquete-Kommission klare Worte gefunden hat.

Die Befunde sind wichtig und verdeutlichen: Die Corona-Aufarbeitung muss dringend, ja, zwingend auch die Rolle der Medien und der Wissenschaft umfassen.

Titelbild: Screenshot bundestag.de